

Beim Soli zeigt der Staat, dass er ein unseriöser Partner ist

Von Helmut Markwort

Das zunehmende Gerede über Steuersenkungen ist im Prinzip erfreulich, muss aber auch Misstrauen wecken. Weil die gerechteste und längst fällige Senkung nur von wenigen diskutiert wird: Der Soli muss endlich weg! Seit 25 Jahren zahlen wir diese Ergänzungsabgabe (derzeit 5,5 %) auf die Einkommensteuer, die es nach den Zusagen desdamaligen Kanzlers Helmut Kohl längst nicht mehr geben dürfte. "Bis Ende 99 ist der Soli endgültig weg", hatte er versprochen, aber die nachfolgenden Regierungen denken nicht daran, sein Versprechen gegenüber den Steuerzahlern zu erfüllen. Der deutsche Staat erweist sich wieder einmal als unseriöser Partner. Mit einer unglaublichen Dickfelligkeit klammern sich Finanzminister Schäuble und die Kohl-Nachfolgerin an die Einnahmen, die dem Staat längst nicht mehr zustehen.

Dabei wäre die Abschaffung des Soli eine der einfachsten Übungen. Mit einem Beschluss des Bundestags wäre er vom Tisch. Weil das Steuergeld ausschließlich in die Bundeskasse fließt, wäre eine Zustimmung des Bundesrats nicht nötig. Die Grünen, die in zehn Landesregierungen Blockaden inszenieren können, hätten keine Chance.

Dass Wolfgang Schäuble auf dem Schatz hocken bleiben will, liegt auch daran, dass der ständig wächst. Mit dem ungebremsten Steueraufkommen und der ungerechten Progression steigen auch die Einnahmen aus der Ergänzungsabgabe. 2010 brachte der Soli noch 11,7 Milliarden Euro, in diesem Jahr kalkuliert Schäuble mit 16,4 Milliarden.

Und um die plumpeste Bürgertäuschung anzusprechen:

Der Staat kann dieses Geld verwenden, wofür er will. Die heimliche Dauersteuer hat mit der Unterstützung der Ostländer nichts zu tun.

Der Begriff "Solidaritätszuschlag" ist reiner Etikettenschwindel.

Quelle: FOCUS 36/2016 vom 3. September 2016, Seite 130